

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verleger-Commissionsnummer 25 241  
Für die Redaktionspreise: 20011.

Bezugs-Gebühr bei ständiger Abnahme in Dresden oder durch die Post monatlich M. 500.—  
Einzelnummer M. 50.—, Sonntagsausgabe M. 40.—  
Anzeigen-Preise. Die tägliche 12 mm breite Zeile M. 75.—, ausserhalb Sachsen M. 100.—, Familien-  
anzeigen und Kleingelege unter Weisung jeden weiteren Abfalls M. 30.—  
Vorzugsplätze laut Tarif. Unvollständige Aufträge gegen Vorzahlung.

Schriftleitung und Hauptvertriebsstelle  
Markenstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Giesch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unvollständige Schriftsätze werden nicht angenommen.

## Bücher · Bibliotheken

Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft  
**Buchhandlung v. Zahn & Jaensch**  
Weissenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

## BANKHAUS HERMANN SCHULZ,

Fernsprecher: Kommanditgesellschaft Fernsprecher:  
14026, 14034, 14039 12 Schreibergasse 12 Fernverkehr 20804  
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

## Leinenhaus F. A. Horn Ferdinandstr. 3

Daunendecken — Steppdecken  
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche  
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

**Fast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden-U. Prager Straße 23**

## Dr. Luther an die städtische Bevölkerung.

### Der neue Preis für das Umlagegetreide.

Verkürzung der Ablieferungsfrist.  
Drabmeldungen unserer Berliner Schmittleitung:  
Berlin, 20. Dez. Die Reichsregierung hat gemäß § 50 des Getreidemessgesetzes beschlossen, den Preis des dritten Sechstels der Getreidemessung auf 165 000 Mark für Roggen mit den entsprechenden Abkürzungen für die anderen Getreidearten festzusetzen und gleichzeitig eine Vorlage einzubringen, wonach der Endtermin für die Ablieferung des Umlagegetreides vom 15. April auf den 15. März zurückverlegt wird. Der letzte freie Marktpreis für Roggen betrug rund 270 000 Mark und für das erste Umlagegetreide nur 25 000 Mk.

Im Anschluss an den Beschluss der Reichsregierung stellt sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Luther, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, ein besseres Verhältnis zwischen Stadt und Land nach Kräften zu fördern, nachstehenden Artikel zur Verfügung:  
Die Erhöhung des Umlagepreises erreicht in keiner Weise den freien Marktpreis, der sich am 1. Dezember, dem mittleren Tage der Ablieferungsperiode, nach Berliner Notierung auf 265 000 Mark stellte und heute annähernd die gleiche Höhe hat. Der Erhöhung des Getreidepreises muß eine

### Erhöhung des Brotpreises

folgen, da das Mehl außerhande ist, den Unterschied auf sich zu nehmen. Die Brotpreiserhöhung wird indessen nicht annähernd der Getreidepreiserhöhung entsprechen, sondern der Mehrpreis des Umlagegetreides wird von sich aus unmittelbar nur eine Steigerung auf etwa das Zweifelhafte der bisherigen Brotpreises hervorgerufen. Denn da der Brotpreis sehr erheblich vom Preis des bereits beschafften Auslandgetreides bestimmt wird, so hat die schlimme Valuta-Entwicklung der letzten Monate bei der Gehaltung des Brotpreises durchaus die Fährdung, dass kommen andere Lebensfälle auf der Geldentwicklung beruhende Ursachen, wie Frachtkosten, Beförderungskosten in den Kommunalverbänden, Mischkosten, Backkosten usw. Die schwere Belastung der verbrauchenden Bevölkerung, deren genaues Ausmaß danach noch unbekannt ist, durch die Brotpreiserhöhung bleibt jedenfalls bestehen. Die Regierung hat nämlich Vorzüge getroffen, damit das Einkommen der werktätigen Bevölkerung, der Beamten, der Sozialrentner usw. auf die für den 15. Januar zu erwartende Brotpreiserhöhung nach den dann geltenden Verhältnissen die erforderliche Rücksicht nimmt. Es unterliegt keinem Zweifel, dass viele Einzelne aus dem Zusammenbruch unserer Mark einen persönlichen Nutzen gezogen haben, der sie als Schädlinge unseres Volksebens erweisen lässt. Wegen dieser Schär der Schieber und Wucherer muß und soll mit aller Schärfe das Gesetz vorgegangen werden. Aber die Grundlinie der ganzen unglücklichen Entwicklung der letzten Monate ist die, daß die auf dem Zusammenbruch der deutschen Währung beruhende Geldentwicklung sich auf jedem Lebensgebiete auswirkt. Diese Entwicklung kann auch vor dem Brotgetreide nicht Haltmachen.

Nun war gemäß die Absicht des Gesetzes, durch das den Landwirten die Verpflichtung zur Ablieferung einer Umlage an Brotgetreide auferlegt ist, die für die große Masse der Bevölkerung ein Brot zu erschwinglichen Preisen zu liefern. Ob der Weg des Umlagegesetzes dazu der richtige war, steht nicht mehr zur Erörterung. Auch die Sachlage, die sich aus einer etwaigen

Dauerbesserung unserer Mark ergeben würde, kann jetzt nicht geprüft werden. Heute muß das Umlagegesetz sachgemäß durchgeführt werden.

Zu keiner sachgemäßen Durchführung aber gehört auch, daß den abliefernden Landwirten ein Preis bezahlt wird, der ein einigermaßen vertretbares Verhältnis zum Werte des Papiergeldes hat, mit dem bezahlt wird, und der dadurch die Aufrechterhaltung der Brotgetreideerzeugung gewährleistet. Die Zahlung eines zu geringen Preises ruft schwere volkswirtschaftliche Gefahren hervor, die es zu bannen gilt. Für lebenswichtige Waren muß ein Ausweg gefunden werden, um die Wiederbeschaffung der Ware zu ermöglichen. Niemand wird bestreiten, daß die Landwirtschaft seit Beendigung des Krieges im allgemeinen recht gut verdient hat, jedenfalls überall, wo sie sich die großen landwirtschaftlich-wissenschaftlichen Fortschritte zunutze gemacht und nicht unter besonderem Mangel gelitten hat. Auch im laufenden Jahre haben trotz der sehr schlechten Wetterverhältnisse und trotz der Witterungsunregelmäßigkeiten, die der Vereinerung der Ernte überhaupt in vielen Gegenden im Wege gestanden haben, sicher zahlreiche Landwirte noch die Möglichkeit zu gutem Verdienste gefunden. Ebenso richtig aber ist, daß infolge der belastenden Umstände dieses Jahres, besonders der großen Bedeutung, vielen Landwirten die Möglichkeit des Umlagebezugs abgebrochen ist. Das ist für unsere Volksernährung eine sehr gefährliche Lage, da die Winterzeit vielfach nicht gut steht und überdies infolge der schlechten Witterung ein Teil des für Brotgetreide bestimmten Bodens unbesetzt ist. Künstlicher Dünger ist auch nicht etwa nur für das Brotgetreide erforderlich, sondern er bedingt die dringend notwendige Erzeugungserhöhung ebenso für die Kartoffeln, die Futterernte und auch die Weizen.

Alle Menschen sind sich darüber einig, daß unser Volk auf die Dauer kein Leben nur erhalten kann, wenn wir für unsere Ernährung von der Auslandseinfuhr unabhängig werden. Das aber ist nur möglich, wenn die inländische Erzeugung mit allen Kräften gesteigert wird. Nun geben die Meinungen über die Mittel zur

### Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung

auseinander. Aber das wird niemand in Abrede stellen, daß der Arbeitsmut der Landwirte bei der Herstellung von Brotgetreide allgemein schwer beeinträchtigt wird, wenn der Preis, den die für das gesamte Volkswohl verantwortliche Regierung ihm zahlt, weit unter den Kosten, die er zur Fortsetzung der Erzeugung braucht, zurückbleibt. Macht man sich dies klar, so wird auch jeder Verbraucher einsehen, daß der sehr schlechte Preis, der nur reichlich drei Fünftel des freien Marktpreises beträgt, von einer für die Zukunft des Volkes verantwortlichen Regierung bewilligt werden mußte. So hart eine solche Ansicht vielleicht den Verbraucherkräften ankommen mag, so muß es doch dabei bleiben, daß das oberste Ziel, gerade auch der städtischen Verbraucher, dahin zu gehen hat, in Zukunft nicht zu verhungern. Gerade ein alter Bäckermeister, der seine Städter nicht verhungern lassen will, muß von diesem Gesichtspunkte ausgehen. Solche Schlussfolgerung wird auch dadurch nicht unwichtiger, daß der Landwirt selbst der Verhungersgefahr nicht ausgesetzt ist, wohl aber muß diese unglückliche Lage der Stadt im Bereiche zum Lande den Landwirt zu ähnlicher Kränklichkeit anspornen, damit seine städtischen Volksgenossen, denen es schon jetzt vielfach so unangenehm schlecht geht, nicht noch tiefer ins Elend sinken.

## 70prozentige Erhöhung der Gütertarife zum 1. Januar.

Berlin, 20. Dez. Die Gütertarife werden zum 1. Januar 1923 um 70 Prozent, die Tiertarife um 60 Prozent erhöht. An Stelle des am 1. Dezember außer Kraft tretenden Notstandstarifs für Kartoffeln tritt ein neuer Ausnahmetarif, der für Waggonsladungen eine Fracht von nur 40 Prozent der Normalfracht vorsieht, während bei Stückwaren nur das halbe Gewicht der Frachtberechnung angrunde gelegt wird. (W. T. B.)

## Der neue Staatsrat für Oberschlesien.

Breslau, 20. Dez. Der Oberschlesische Provinziallandtag nahm die Wahl zum Staatsrat heute vor. Es wurden gewählt: Oberbürgermeister Stephan aus Beuthen, Generaldirektor v. Frommann und Staatskommissar Schwenda. Der Provinzialausschuss zeigt folgende Zusammensetzung: 7 Zentrum, 3. Reichsparteien, 2 Sozialdemokraten, 1 polnisch-katholische Partei, 1 Kommunist. Vor Eintritt in die Tagesordnung des Oberschlesischen Provinziallandtages gab ein Vertreter der polnisch-katholischen Partei die Erklärung ab, daß sie das Recht verweigert, sich ihrer Muttersprache zu bedienen. Sie verzichteten aber darauf, um die Verhandlungen nicht zu erschweren. Sie stellten sich nach dem Ergebnis der ober-schlesischen Abstimmung auf den Boden der Tatsachen und seien zur Mitarbeit bereit. (W. T. B.)

## Feierlicher Empfang Clemenceaus in Le Havre.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)  
Paris, 20. Dez. Clemenceau ist heute vormittag 9 Uhr auf der Reede von Le Havre angekommen. An Bord des Dampfers „Titan“, der dem Dampfer „Paris“ entgegengefahren war, befanden sich u. a. der Bruder Clemenceaus, Cardieu, Mandel und eine große Anzahl Journalisten. Clemenceau erklärte, daß er in Amerika längere bestimmte Angaben. Nur in betreff der Ruhrfrage erklärte er ausdrücklich: „Ich fürchte die Befreiung des Ruhrgebietes wegen der damit verbundenen Streitigkeit.“ Um 11 Uhr legte der Dampfer am Kai an. Clemenceau wurde von den Behörden, sowie von Familienmitgliedern und verschiedenen Staatspersonen begrüßt. 1 Uhr 30 Min. fuhr er in Begleitung Cardieus in seinem Automobil nach Paris weiter.  
Es gehört reichlich viel Phantasie und Verdrehungsfähigkeit dazu, um aus dem völligen Nichts Clemenceaus in Amerika eine „glänzende Aufnahme“ zu machen.

**Dollar (Amtlich): 6687,50**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 6750

## In der Parlamentspause.

Reichstag und Einzelkammer.  
Die Parlamente sind in den Weihnachtstagen, aber die Parteipolitik, die im Reichstage das Hauptgeschäft bildet, ruht nicht. Die Parteipresse zerbricht sich den Kopf über die Möglichkeit, im neuen Jahre die „große Koalition“, die nun schon so lange nach allen Ecken und Enden theoretisch durchgehacht worden ist, ohne je greifbare Gestalt gewonnen zu haben, endlich einmal zu verwirklichen. Es wird links Stimmung gemacht für den Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die Regierung, deren Meinung über Dr. Cuno bei den letzten Besprechungen mit den Parteiführern einen Umschwung zugunsten des Reichskanzlers erfahren haben soll. Die Haltung des „Vorwärts“ tragt diese Behauptung nicht ab. Er vermeidet jede polemische Schärfe gegen das neue Kabinett, und wenn er etwas auszusprechen hat, brüht er sich sehr zornig aus. So glaubte das Blatt, es bemängeln zu müssen, daß die Reichsregierung sich bei ihren Beratungen und Erwägungen über die schwebenden Reparationsfragen bisher nur an Unternehmungskreise gewandt habe, und bemerkt dazu nur ganz launig, ob denn die Auffassungen der Arbeiterkreise der Regierung Cuno nicht wichtig genug erschienen, um auch die Meinung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zu hören. Auf diese milde Ausäußerung hat die Regierung prompt erwidert, daß sie bereits dem Wunsch des „Vorwärts“ entsprechen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften in die Wege geleitet habe. Dieses Frage- und Antwortspiel, das sich in so tabelloser Form vollzogen hat, ist ein Beweis dafür, daß man gegenseitig aufeinander Wert legt und sich nicht missen möchte. Demnach wird nach der Pause wieder das alte Spielchen um die Bedingungen ansetzen, unter denen die Sozialdemokratie sich bereit zeigen könnte, mit der Deutschen Volkspartei, die bei den „Zielbewußten“ Elementen auf der sozialdemokratischen Seite immer noch in einem gewissen „reaktionären“ Gewand steht, aus einer Schüssel zu essen. Es wird also wieder um mehr oder weniger feintönige parteipolitische Hausmeier-Interessen gehen, die einem großzügigen Parlamentarismus im Wege stehen. Das ist die Achillesferse des Reichstages. Hier liegt der tiefste Grund, weshalb er im Volke seinen rechten Resonanzboden finden kann. Das ist zweifellos eine durchaus unerwünschte Erscheinung; denn im Reichstage verlor sich nach der Weimarer Verfassung die Souveränität des deutschen Volkes, und er müßte daher eigentlich in so hoher allseitiger Achtung stehen wie in England das Parlament, um das öffentliche Leben Deutschlands im Sinne einer wahrhaften parlamentarischen Demokratie zu befruchten. Er müßte seine Aufgabe im Geiste einer konservativen Demokratie erfüllen, die jetzt, nachdem ihre grundlegenden Ziele erreicht sind, nicht blind weiter vorwärts stürmt, und auf die Niederlichkeit aller noch vorhandenen ehrwürdigen Reste der Vergangenheit bedacht ist, sondern die nimmermehr ihr Hauptaugenmerk auf Erhalten und Aufbauen richtet und sich von dem Bewußtsein leiten läßt, daß wir schließlich doch auch mancherlei sehr wertvolle Güter idealen und kulturellen Charakters aus früherer Zeit übernommen haben.

Die Wirksamkeit des Reichstages läßt aber allzuviel von solcher Einsicht vermissen, und deshalb muß er sich auch viel Kritik gefallen lassen. Wenn die kritischen Stimmen auf der rechten Seite laut werden, so neigt die Linke leicht zu dem Verdacht, daß es sich dabei um die Absicht handle, das demokratisch-parlamentarische System grundsätzlich in Miskredit zu bringen und die Rückkehr zu überlebten Formen vorzubereiten. Diese Ansicht ist grundlos. Auch die von rechts her geübte Kritik soll nur bessern und den Parlamen-

## Empfehlungsanzeigen in der Weihnachtsnummer

werden sich diesmal ganz besonders auswirken, weil dieselbe drei Tage

aussiegt. Am 25. und 26. Dezember erscheint keine Zeitung, deshalb bitten wir, alle für die Weihnachtsnummer vom Sonntag den 24. Dezember bestimmten Anzeigen, auch

## Verlobungsanzeigen

bis Freitag abend in unserer Hauptgeschäftsstelle aufzugeben. Schluß der Anzeigenannahme Sonnabend nachmittag 3 Uhr.

Verlag der Dresdner Nachrichten  
Anzeigen-Abteilung.